

FDP – Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Limburg

Hospitalstraße 1b
65549 Limburg
www.fdp-fraktion-limburg.de

Limburg, den 11.12.2017

Anträge zum

Haushalt 2018

I. Anträge/Investitionen

1. Neue Homepage /Digitales Bürgerbüro

In Sachen Homepage der Stadt Limburg besteht Handlungsbedarf. Es geht dabei nicht alleine darum, punktuell nachzubessern und zB grafische Darstellungen des ICE-Gebietes dort abzubilden. Bürger, Firmen, Gäste und Interessierte sollen sich benutzerfreundlich und barrierefrei zu den vielen Themen der Stadt informieren können. Daneben sollten im digitalen Zeitalter Anliegen des Bürgerbüros abgebildet sein. Bürgerbüro kann digital als auch im Rathaus stattfinden. Dies alles leistet das aktuelle System trotz vielfacher Versuche und einigen finanziellen Investitionen nicht.

Die Homepage sollte von extern völlig neu aufgesetzt werden. Warum hier nicht die Technikbegeisterung und Kreativität der jungen Menschen/Schulen/Hochschulen aus Limburg nutzen?

Für ein ernsthaftes Preisgeld soll daher die Erstellung einer neuen Homepage entsprechend den aktuellen Vorgaben (u.a. Teilhaberichtlinie) sowie Funktionalitäten für Facebook und Twitter an diese Akteure aus Limburg ausgelobt werden.

Kostenträger 1114100 – 6891000

+ 5.000 Euro

2. Ausstattung Feuerwehren

Gute und angemessene Kleidung/Ausrüstung ist unabdingbar für unsere Feuerwehren. Hier darf nicht gespart werden und deshalb soll der Ansatz für Schutzausrüstung, Reserve und dem Einkleiden neuer Kameraden nicht gekürzt sondern wieder auf das ursprüngliche Niveau angehoben werden:

Kostenträger 1260000 Sachkonto 6012000

+17.000 Euro

3. Pro Familia

Seitens der Beratungsstelle wird seit vielen Jahren überkonfessionell wichtige Arbeit geleistet. Mit geringen finanziellen Ressourcen wird Beachtliches geleistet. Eine Förderung durch die Stadt Limburg bekommt Pro Familia bisher für diese Arbeit nicht. Angesichts der dort bestehenden, den Geschäftsbetrieb bedrohenden finanziellen Schieflage und dem drohenden Wegfall von Beratungsangeboten sollte dies dringlich ab 2018 geändert werden und auch diese Beratungsstelle eine Unterstützung erfahren.

Kostenträger 3156000 Sachkonto 712800 + 10.000 Euro

4. Kreisel B 417

Der Magistrat wird gebeten Sorge zu tragen für eine ansprechende Gestaltung des Kreisels zwischen Linter und Limburg-Kernstadt. Hierfür gibt es die Grundidee einer gemeinsamen Gestaltung (zB beide Wappen) . Als Angelegenheit des Straßenverkehrs auf der Bundesstraße sollte der Magistrat als zuständige Stelle hier die Koordination übernehmen und einen Teil der Finanzierung. Im Sinne des gemeinschaftlichen Projektes soll beiden Ortsbeiräten die Gelegenheit gegeben werden, sich mit Gestaltungsvorschlägen, bisherigen Ideen und einem finanziellen Anteil einzubringen.

Kostenträger 5511000 Sachkonto 6179000 + 10.000 Euro

5. Brunnen in Ahlbach

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Sanierung der Ortsdurchfahrt Ahlbach steht die Gestaltung des Dorfplatzes Klosterstraße – Dehrner Straße an. Der dortige Brunnen ist nach den Bauarbeiten nicht mehr zu sanieren und es braucht für diesen zentralen Platz im Dorf daher einen neuen Brunnen

Kostenträger 5511000 /Neue Investitionsnummer +30.000 Euro

6. Beratungskosten Weihnachtsmarkt/Christkindlmarkt und sonstige Märkte

In der Bewertung der Initiative der FDP-Fraktion für einen Weihnachtsmarkt am Dom wurden seitens der Verwaltung Informationen vorgetragen, dass die Vergabe derartiger Märkte inzwischen hochkomplex und mit Prozessrisiken verbunden ist. Was ist bei den bestehenden Märkten möglich und wie wird es korrekt gemacht; was sind Anforderungen an neue Märkte? Hierzu sollte externe sachkundige Expertise eingeholt werden um die weiteren Beratungen fundiert vorzubereiten.

Kostenträger 5738000 Konto 6179000 + 10.000 Euro

7. Einbindung Außenanlage Rathaus an Europaplatz

Diese Maßnahme ist zu streichen. Bevor nicht klar ist, wie sich die Sanierungsplanung Neues Rathaus gestaltet, welche Variante gewählt wird, vorher sollte in eine Fläche die unmittelbar davon betroffen ist, kein Steuergeld eingesetzt werden.

Kostenträger 54100000 Konto 54100140 - 118.000 Euro

ZWISCHENSUMME: + 36.000 Euro

8. Stadthalle Limburg

In 2015 bereits wurde für die Stadthalle neben dem Zuschuss für den laufenden Betrieb ein mehrjähriger detaillierter Instandhaltungs-/Erneuerungsplan abgestimmt. Dieses Konzept, das wichtige Arbeiten über die normale laufenden Instandhaltung betrifft, sollte in Modulen ursprünglich in 2017 mit einer entsprechenden Erhöhung des Zuschusses zu den normalen laufenden Kosten beginnen. Kernelement ist die Aufrechterhaltung des Spielbetriebs. Bereits in den letzten Haushaltsberatungen wurde der Beginn der Abarbeitung dieses Konzepts in wesentlichen Teilen verschoben. Daneben sind jüngst weitere Kostenbelastungen durch die „Schnittstellen“ mit den Sanierungsarbeiten der Tiefgarage Rathaus iHv rund 500.000 Euro erkennbar geworden. Trotz Erhöhung des Zuschusses wird im eigentlichen Instandhaltungskonzept bei dem jetzigen Ansatz wiederum nur sehr wenig passieren. Derweil wird der Druck u.a. in Sachen Brandschutz immer höher. Die Unterlassungen drohen die Substanz nachhaltig zu schädigen. Um den Spielbetrieb nicht zu gefährden, bedarf es einer Erhöhung dieser Rate.

Kostenträger 5730000 – Konto 7125000

+ 500.000 Euro

II.) Sperrvermerke/Beschlüsse

1. Tiefgarage Rathaus – Sanierung Neues Rathaus

Die Sanierungsmaßnahmen Tiefgarage und Neues Rathaus können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Bei der Betrachtung der zwingend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen Neues Rathaus liegen jetzt erste Varianten/Vorschläge vor und die Fraktionen sind aufgefordert, sich bis Mitte Januar dazu zu äußern. Sanierung, Abriss, Folgenutzungen – dies sind mögliche Varianten der kostenträchtigen Maßnahme Rathaus, die keinen längeren Aufschub mehr verträgt. Zugleich stehen die Vergaben an für die Tiefgarage Rathaus; einer gleichfalls kostenintensiven Maßnahme „unter“ dem Neuen Rathaus:

Der Magistrat wird daher gebeten, die Sanierungsmaßnahmen des Eigenbetriebes Stadtlinie zur Tiefgarage Rathaus auszusetzen, bis klar ist, was mit der Sanierungsmaßnahme Neues Rathaus passiert bzw. welche Variante umgesetzt wird.

2. Radverkehrswegeneubau

Kostenträger 54100000 Konto 54100060

102.000 Euro

In der Beratung über die Schutzstreifen in der Innenstadt wurde der Antrag der FDP-Fraktion in den Ausschuss verwiesen mit der Maßgabe, dass erst einmal keine weiteren Radstreifen/Schutzstreifen geschaffen werden ohne Vorstellung und Beratung in den städtischen Gremien. Dies ist für die hier in Rede stehenden Maßnahmen in Offheim/Kapellenstraße nicht erfolgt.

Die Vorstellung soll verbunden werden mit einem Sachstandbericht der Maßnahmen, die in der Umsetzung des Radwegekonzepts bereits erfolgt sind und mit welchen finanziellen Aufwendungen.

3. Limburger Grünflächenkonzept

Hierzu laufen noch Beratungen im Umweltausschuss. Hierbei geht es vor allem um die Rückmeldung aus den Ortsteilen, wo Erfordernisse gesehen werden. Dies sollte seitens der Verwaltung bewertet und im Ausschuss dann zur weiteren Beratung/Beschlussfassung

vorgelegt werden. Diese Vorlage steht aus. Bevor dies nicht erfolgt ist und diese Bewertungen in den Fraktionen/Ausschuss beraten wurden, kann keine Freigabe der Mittel erfolgen.

Kostenträger 5511000

Konto 55110003

140.000 Euro

III.) Haushaltsbegleitbeschlüsse

1. Info Stelen

Der Magistrat wird gebeten, den Abriss der Info-Stelen in 2018 durchzuführen. Seit mehr als 2 Jahren befassen sich Anträge/Anfragen und Haushaltsbegleitbeschlüsse mit dem Thema. Passiert ist wenig - konstant bleibt einzig der hohe Stromverbrauch und die Hässlichkeit der Objekte. Daneben ist der erste Wartungsvertrag jetzt ausgelaufen und es werden dort höhere Ausgaben prognostiziert. Nach Recherchen der Verwaltung sind bezogen auf die drei Stelen 58.307,33 Euro an das Land zurück zu zahlen. Demgegenüber wurden 2016 für Strom und Wartung 13.691,41 Euro verausgabt. Der Abriss würde sich in überschaubarer Zeit amortisieren.

Der Schrottpreis ist zudem aktuell hoch. Möglicherweise gibt es noch etwas Nachlass seitens des Umweltministeriums bei der Rückzahlung der Förderung wegen der Minderung der klimaschädlichen Kühlung im Sommer. Zu den Verhandlungsergebnissen, der Schlussabrechnung und dem Vollzug ist der Haupt- und Finanzausschuss mit einem schriftlichen Bericht zu informieren.

2. Stadtmarketing bündeln

Standortmarketing ICE-Gebiet, Studie Cicero, Innenstadtentwicklung, neue Angebote im Eventbereich, moderner Tourismus – es gibt viele Ideen, Chancen und Herausforderungen für die weitere Entwicklung von Limburg. Es gibt zugleich viele Akteure und verteilte Zuständigkeiten. Hier bedarf es einer Bündelung. Ein Weg könnte ein gemeinsames Stadtmarketing zwischen der Stadt und dem Handel, touristischen und gastronomischen Vereinigungen sein. Die Stadt Wetzlar ist diesen Weg gegangen, um so die verschiedenen Akteure im Bereich Stadtmarketing zu bündeln. In diesem Verein, der zu 50% seitens der Stadt finanziert wird, sind daneben Aktivitäten der Wirtschaftsförderung angesiedelt. So können viele Kräfte, die sich einzeln teils schwer tun, gebündelt werden. Denkbar wäre es weiterhin, in diesem Bereich auch die aktuell im Verkehrs- und verschönerungsverein angesiedelte Betreuung des Tourismus zu verankern.

So wäre eine gebündeltes Vorgehen möglich, bei dem aber alle wichtigen Gruppierungen und deren Sachverstand eingebunden ist. Man könnte daneben personelle und finanzielle Ressourcen bündeln sowie eine wesentliche Verbesserung und Professionalisierung des Marketings für Limburg erreichen. Natürlich liegen diese organisatorischen Strukturen in der Kernkompetenz der Stadtspitze. Zugleich berührt es elementare Themenfelder für die künftige Entwicklung der Stadt.

Daher wird der Magistrat gebeten, mit den Akteuren Gespräche über eine solche Bündelung aufzunehmen und hierüber sowie die Bewertung aus Sicht des Magistrats zu informieren.

3. Inklusionsbeauftragter

Das Bundesteilhabegesetz hat erhebliche Auswirkungen. Wie gestalten sich Angebote und das Handeln der Stadt Limburg, das Leben in der Stadt und der Alltag für alle Menschen mit einer Einschränkung? Lange war hier die Rede von Behindertenbeauftragten/- beiräten, die dies angehen. Diese Begriffe greifen zu kurz; der betroffene Personenkreis ist viel weiter zu fassen. Hierbei spielt Demografie, Einschränkungen durch das Alter ebenfalls in der sich wandelnden Gesellschaft eine Rolle. Der Begriff Inklusion – mit der positiven Zielsetzung – ist bei allem der weitergehende. Und um dieses wichtige Anliegen voran zu bringen, bedarf es eines Kopfes/Spitze/Koordination. Oft geht es primär um das Netzwerk – wie die Modellregion Inklusion zeigt.

Der Magistrat wird daher gebeten, im Haupt- und Finanzausschuss einen Vorschlag zu unterbreiten, in welcher Form und mit welchen Möglichkeiten ein/er Inklusionsbeauftragter ggf. Beirat installiert werden kann. Der Vorschlag soll die bisherigen Erfahrungen mit dem Behindertenbeirat und einen Vorschlag für eine Geschäftsordnung/Satzung beinhalten.

4. Kostenkontrolle Bauprojekte

Baumaßnahmen wie die Sanierung des Bürgerhauses Staffel haben die Komplexität heutiger Bauvorhaben sowie die Gefahr von extremen Kostensteigerungen aufgezeigt. Der Magistrat wird gebeten, künftig zu den laufenden Baumaßnahmen Quartalszahlen als Controllingbericht im Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

5. Sanierungsobjekt Neues Rathaus

Der Magistrat wird gebeten, die möglichen Varianten durch ein externes Büro berechnen zu lassen. Die Varianten sind in öffentlicher Sitzung im Haupt- und Finanzausschuss vorzustellen.

6. Wohnungsbau

Der Magistrat wird gebeten, im Haupt- und Finanzausschuss einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Zuschüsse aus dem Förderprogramm des Landkreis in 2018 zwecks Sanierung primär des Wohnungsbestandes für Wohnung mit sozialer Bindung abgerufen werden können.

7. Tätigkeitsbericht Klimaschutzbeauftragte

Die Stelle des/der Klimaschutzbeauftragten wurde ohne Befristung neu geschaffen. Über die Tätigkeiten, Feststellungen und Pläne sollte die Stadtverordnetenversammlung einmal jährlich informiert werden. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung ab 2018 hierzu jährlich einen schriftlichen Tätigkeitsbericht zukommen zu lassen.

8. Tätigkeitsbericht Integrationsbeauftragte

Die Stelle des/der Integrationsbeauftragten wurde ohne Befristung neu geschaffen. Über die Tätigkeiten, Feststellungen und Pläne sollte die Stadtverordnetenversammlung einmal jährlich informiert werden. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung ab 2018 hierzu jährlich einen schriftlichen Tätigkeitsbericht zukommen zu lassen.

9. Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit ist zu einem wichtigen Baustein für die Betreuung an den Limburger Schulen geworden. Wie entwickelt sich dieses Thema und sind hier weitere Maßnahmen erforderlich? Der Magistrat wird um einen schriftlichen Sachstandsbericht über den Status, die Herausforderungen und Empfehlungen für die künftige Ausrichtung gebeten.

10. Energiemanagement – Sachstand

Für das Energiemanagement werden fortlaufend durch externe Beauftragung Gelder aufgewandt. Aktuell sind 10.000 Euro (Seite 130) hierzu veranschlagt. Was wurde in der Vergangenheit hierzu geleistet und wieso bedarf es neben der fachkundigen Betreuung durch die Verwaltung weiterhin externer Unterstützung? Hier wird der Magistrat um einen Bericht zum Sachstand gebeten.

11. Radabstellmöglichkeiten in Parkhäusern

Limburg erfreut sich bei Radtouristen zunehmender Beliebtheit. Diese suchen für ihre immer hochwertigeren Gefährte sichere und trockene Abstellmöglichkeiten. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, in den Parkhäusern abgesperrte Areale zu schaffen. Der Magistrat wird gebeten, Möglichkeiten in den von städtischer Seite betriebenen Parkeinrichtungen zu prüfen und über die Umsetzungsmöglichkeiten im Stadtentwicklungsausschuss zu berichten.

12. Einladungen via Mail

Die Stadtverordnetenversammlung bereitet sich aktuell auf die digitale Gremienarbeit vor. Dies sollte auch für die zahlreichen Einladungen gelten, die bisher nicht via Mail verschickt werden können. Dabei handelt es sich hier um erhebliche Postsendungen, die eingespart werden können. Hierzu bedarf es einer Änderung der Hauptsatzung. Der Magistrat wird gebeten, für eine solche Änderung einen Vorschlag im Haupt- und Finanzausschuss zu unterbreiten.



Marion Schardt-Sauer
Fraktionsvorsitzende